



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 35. Ratssitzung vom 18. Januar 2023

1269. 2022/475

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.09.2022: Vollständige Abdeckung des Bedarfs an blauen Parkplätzen in den Quartieren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 704/2022): *Ich zitiere: «Der Kampf um die Parkplätze wird immer schlimmer. Auch wenn viele es nicht wahrhaben wollen, gibt es Leute, die auf das Auto und somit auf Parkplätze angewiesen sind. Ausserdem, wenn alle so umweltbewusst sind: Wem gehören all die Autos, die täglich herumfahren? Natürlich schätze ich die Lebensqualität in Zürich und ich verstehe, dass alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden müssen. Aber ich wünsche mir auch, dass die Anti-Auto-Politik der Stadt aufhört.» Immer mehr Bewohner der Stadt beklagen sich bei uns über den Abbau der Parkplätze in den Quartieren. Nicht alle sind bei der Stadt angestellt. Oft müssen unsere Steuerzahler im Schichtbetrieb arbeiten und sind auf ein Auto angewiesen. Auch wenn auf juristischer Ebene kein Anspruch auf einen Parkplatz besteht, muss für die vielen Arbeiter eine Lösung gefunden werden. Der Stadtrat soll diesen und vielen anderen Bürgern, die den Mut hatten, mir zu schreiben, heute vor der Kamera eine Antwort liefern. Leider traut sich eine schweigende Mehrheit nicht mehr, gegen die unsägliche Velopolitik der Stadt, die von einem massiven Parkplatzabbau begleitet ist, aufzustehen. Die wenigen hundert Velochaoten besetzen das Feld und die öffentliche Meinung mit Gewalt. Helfen Sie der notleidenden Bevölkerung, die unter der links-grünen Herrschaft leidet und keinen Parkplatz mehr findet.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Auch in meinem Departement gibt es zahlreiche Mitarbeitende, die im Schichtbetrieb arbeiten. Die von uns umgesetzte Politik wurde durch zahlreiche Volksabstimmungen legitimiert und eingefordert. Die Anforderungen an den Strassenraum sind sehr vielfältig und komplex. Es ist die Aufgabe der Stadt, die gesetzlichen Richtplan- und strategischen Anforderungen umzusetzen. Im Bereich der Parkierung sind das für uns das Klimaschutzziel Netto-Null, das im Verkehrsrichtplan für das Jahr 2030 festgehalten ist; die Strategie Stadtverkehr 2025; das Alleenkonzert; die Umsetzung der Velovorzugsrouten. Das alles ist massgebend. Gemäss dem kommunalen Richtplan sollen Leerstände in Tiefgaragen vermieden und der Strassenraum von der Parkierung entlastet werden. Das Planungs- und Baugesetz (PBG) besagt, dass die Parkierung grundsätzlich auf Privatgrund erfolgen soll. Die Blaue Zone ist nur ergänzend, wenn es keine privaten Möglichkeiten gibt. Das bedeutet, dass wir Blaue-Zone-Parkplätze aufheben, wenn private Parkiermöglichkeiten geschaffen werden; beispielsweise*



bei Ersatzneubauten. Insgesamt verfolgt die Stadt eine gerechte neue Aufteilung des öffentlichen Raums und fördert wichtige Bedürfnisse wie Bäume, Velostreifen und -wege, Fussgängerflächen und Umschlagplätze fürs Gewerbe, sowie Klimaschutzmassnahmen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Meier (SP): Das Postulat fordert, dass der Bedarf an Blaue-Zone-Parkplätzen vollständig gedeckt wird. Das bedeutet, dass mehr Parkplätze auf öffentlichem und privatem Grund geschaffen werden müssten. Die Mehrheit stimmt einem Ausbau der Parkplätze nicht zu. Johann Widmer (SVP) sprach von der linken Herrschaft und vom ideologischen Handeln. Das Wort Ideologie kann man positiv oder negativ verstehen. Uns wird es im negativen Sinn vorgeworfen: Dass wir Politik betrieben, die nicht auf Fakten beruhe. Wenn die Klimakrise nicht als Fakt betrachtet würde, wäre unsere Ablehnung des Postulats tatsächlich ideologisch. Ideologie kann man auch positiv als kohärentes Weltbild verstehen, das sich auf die politische Praxis bezieht und versucht, diese zu beeinflussen. So gesehen ist unsere Ablehnung im besten Sinne ideologisch als Teil einer Weltanschauung, die uns zur Überzeugung bringt, dass der Abbau des motorisierten Individualverkehrs (MIV) dringend notwendig ist. So kann uns eine ökologische Wende gelingen. Wir sind überzeugt, dass wir konsequent gegen die Klimakrise vorgehen müssen. Es wäre inkohärent, wenn wir einem Vorstoss zustimmen würden, der den MIV fördert.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir haben uns überlegt, ob dieser Vorstoss sinnvoll ist. Aus unserer Sicht ist er ein Beispiel für gut gemeint und schlecht umgesetzt. Wir sind weder für eine massive Förderung noch für einen massiven Abbau von Parkplätzen. Wir finden, dass ein gesundes Miteinander aller Verkehrsträger sichergestellt werden soll. Stossend ist, dass der Stadtrat mehr Parkkarten für die Blauen Zonen verkauft, als Parkplätze verfügbar sind. Am Postulat stört uns vor allem, dass auch privater Grund einbezogen wird. Dafür müsste der Stadtrat Enteignungen durchführen, was wir definitiv ablehnen.

Markus Knauss (Grüne): Dieser Vorstoss amüsiert mich. Darin wird der Sozialismus in der Parkplatzfrage ausgerufen und Private sollen notfalls enteignet werden. Der Kantonsrat stimmte im Jahr 1991 mit einer bürgerlichen Mehrheit einem PBG mit liberalem Charakter zu. Das PBG gilt auch für die Stadt. Bei solchen Geschäften pflege ich den ehemaligen Stadtrat Andres Türler zu zitieren: «Das Lesen eines Gesetzestextes erhöht die Rechtskenntnis ungemein.» Der Rechtstext PBG hält im Paragraph 242 fest, dass Parkplätze Privatangelegenheit sind: Auf privatem Grund müssen so viele Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, dass Parkplätze immer ausserhalb des öffentlichen Raums angeordnet werden müssen. Die privaten Grundeigentümer sind der Aufforderung gefolgt, private Parkplätze auf privatem Grund zu bauen: Heute stehen für die 150 000 städtischen Autos von privaten und juristischen Personen rund 220 000 Parkplätze auf privatem und 70 000 Parkplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung. Es stehen also hunderttausende Parkplätze bereit. Das reicht Ihnen nicht. Sie wollen, dass die Stadt zur «Parkplatz-Nanny» wird und allen einen Parkplatz zur Verfügung stellt. Ausserdem wollen Sie die Parkplätze auf privatem Grund realisieren, was in letztlich Enteignung bedeutet. Das Postulat soll im Einklang mit der kantonalen Gesetzgebung abgelehnt werden.



Sven Sobernheim (GLP): Wenn die Blaue Zone auf den privaten Grund erweitert würde, hätte das ein riesiges Potenzial. Vielleicht wären die Tiefgaragen dann endlich ausgelastet. Aktuell ist das selten der Fall. Wenn Sie durch die Strassen fahren, sehen Sie überall Schilder grosser Liegenschaftsbesitzer zu freien Parkplätzen. Das ist so, weil die Blaue Zone spottbillig ist. Bevor es um Angebot und Nachfrage geht und argumentiert wird, dass wir mehr Parkplätze markieren sollten, um alle Parkkarten abzudecken, müssen wir erst den Preisen des Dumpingangebots Beachtung schenken. Wenn man die Quadratmeterpreise in der Stadt betrachtet, dann sind die Blaue-Zone-Parkplätze de facto gratis. Sogar Menschen mit einem privaten Parkplatz leisten sich eine Parkkarte, weil sie nichts kostet. Wenn der Preis der Parkkarte auf 1000 Franken erhöht wird, können wir die effektive Nachfrage nach Parkplätzen in der Blauen Zone besprechen.

Johann Widmer (SVP): Ich bin sehr froh, dass mir endlich klar gemacht wurde, dass die Klimakrise eine ideologische Sache ist und dass man aus ideologischen Gründen ein solches Postulat ablehnen muss. Ebenfalls interessant ist, dass übergeordnete Gesetze plötzlich richtig sind und ins Feld geführt werden, während Kleinigkeiten wie das übergeordnete Recht diese Parteien normalerweise nicht kümmern.

Samuel Balsiger (SVP): Es ist immer gut, wenn Linke ehrlich sind und von ihren Absichten berichten. Ohne dass es schmerzt und ohne Chaos gibt es keine Veränderung. Es ist gut, wenn Sie schnell vorwärtskommen mit Ihrer Politik: Bauen Sie möglichst rasch viele Parkplätze ab, setzen Sie ihr Programm möglichst rasch durch, erhöhen Sie möglichst rasch den Preis der Parkkarte auf 1000 Franken. Machen Sie alles, was die Bürger schmerzt, möglichst rasch. Wenn Sie das langsam über Jahre und Jahrzehnte machen, dann gewöhnt sich der Mensch daran. Ich freue mich auf ein grösseres Tempo, das die Bürger schmerzt, denn das bedeutet, dass mehr Menschen aufwachen und SVP wählen.

Stephan Iten (SVP): Gemäss Severin Meier (SP) soll der MIV aus der Stadt verbannt werden. Damit vertreiben wir aber auch das Gewerbe und nicht nur die Stadtzürcher Bevölkerung, die auf ein Auto angewiesen ist. Es geht stets um die Dekarbonisierung; das Auto soll elektrifiziert werden. Einerseits soll das Auto aus der Stadt vertrieben werden, andererseits sind Elektrofahrzeuge gut. Trotzdem sollen ihnen keine Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, auch wenn sie elektrifiziert sind. Das PBG schreibt vor, dass man Parkplätze auf privatem Grund erstellt, um jene auf dem öffentlichen Grund abzubauen zu können. Das ist richtig. Aber dem werden stets Steine in den Weg gelegt. Wenn man auf privatem Grund Parkplätze erstellen will, seid ihr auch dagegen. Der Stadtrat hat grosse Vorschriften aufgestellt. Die AL hat einen Vorstoss eingereicht, der verlangt, dass die Parkplatzverordnung angepasst wird, sodass die Parkplätze auf privatem Grund massiv reduziert werden. Es stimmt, dass es den Aufruf gibt, dass man allenfalls in Tiefgaragen anstatt auf öffentlichem Grund parkieren könnte. Dann müssen wir aber wieder die Verhältnisse sehen und wer sich das leisten kann. Ihr wollt also, dass die armen Leute, die auf ein Auto angewiesen sind, viel Geld für Tiefgaragenparkplätze bezahlen müssen. Das geht nicht auf. Im PBG ist auch geregelt, dass Veloabstellplätze auf privatem Grund erstellt werden müssen. Aber heute und während der Budgetdebatte wurden hunderte Veloabstellplätze gefordert – auf öffentlichem Grund. Einerseits soll also das PBG als oberstes Gebot eingehalten werden, während es für die Velofahrer



4 / 4

nicht gelten soll. Der Verkehr wird sich nicht reduzieren. Er wird sich anders gestalten, aber wir wissen nicht, wie sich die Technologie in der Zukunft entwickelt. Daher kommen wir nicht darum herum, die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Das Postulat wird mit 32 gegen 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat